

Österreich: Volksanwalt fordert generelle Impfpflicht

**Trotz verfassungsgesetzlichem Auftrag, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen, fordert der österreichische Volksanwalt Dr. Günther Kräuter eine staatliche Impfpflicht und aktuell sogar finanzielle Sanktionen bei Nichtimpfung. Wie kann sich ein Volksanwalt gegen die EU-Grundrechtecharta, die die freie Impfentscheidung beinhaltet, stellen?**

Dr. Günther Kräuter ist einer von insgesamt drei österreichischen Volksanwälten. Seit 2012 hat die Volksanwaltschaft den ausdrücklichen verfassungsgesetzlichen Auftrag, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen und zu fördern. Beim Thema Impfen nimmt es Dr. Kräuter mit dem Schutz der Menschenrechte offensichtlich nicht so genau. So forderte er bereits im Februar 2017 die Einführung einer staatlichen Impfpflicht gegen Masern, Mumps und Röteln in allen öffentlichen Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen.
Am 25. April 2018 nun präsentierte die Volksanwaltschaft in Wien ihren Jahresbericht für 2017. Darin war die „fehlende Impfpflicht“ wiederum eines der zentralen Themen: „Es geht nicht um polizeilichen Zwang, sondern darum, Anreize zu schaffen“, betonte Volksanwalt Kräuter. Werbeaktionen, Appelle und Impf-Verpflichtungen für bestimmte Berufsgruppen hätten bisher nicht ausgereicht, um die Durchimpfungsrate entsprechend zu erhöhen. Eine Möglichkeit wäre, so der Volksanwalt weiter, die Impfung in den Mutter-Kind-Pass einzubeziehen: Wer auf die Impfung verzichtet, müsse mit finanziellen Sanktionen rechnen.

Fakt ist, dass die Einführung einer Impfpflicht und damit auch von „finanziellen Sanktionen“ – ob nun mit oder ohne „polizeilichen Zwang“ – der EU-Grundrechtecharta widerspricht. Seit 2009 ist diese bindend für Österreich. Sie legt nämlich fest, dass jede medizinische Maßnahme, also auch jede Impfung, nur nach vorheriger Aufklärung und persönlicher Zustimmung erfolgen darf.
Die freie Impfentscheidung stellt also ein zu schützendes Menschenrecht dar. Wie kommt es dazu, dass Volksanwalt Kräuter als rechtskundiger Anwalt nicht nur seinen Auftrag nicht wahrnimmt, sondern sogar einen bewussten Verstoß gegen das von ihm zu schützende Menschenrecht fordert?

**von rö./dd.**

**Quellen:**

<https://kurier.at/chronik/volksanwalt-will-impfpflicht/400026718>
<https://volksanwaltschaft.gv.at/ueber-uns#anchor-index-1528>
<http://orf.at/stories/2378062>
[https://de.wikipedia.org/wiki/Charta\_der\_Grundrechte\_der\_Europäischen\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/Charta_der_Grundrechte_der_Europ%C3%A4ischen_Union)
<http://www.allesroger.at/artikel/impfpflicht-waere-gegen-die-menschenrechte>
<http://www.aegis.at/wordpress/schulimpfungenpasse/>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Oesterreich - [www.kla.tv/Oesterreich](https://www.kla.tv/Oesterreich)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.